

Ausgrenzung durch die Mittelschicht - abwertende Einstellungen der Mitte und ihre Folgen für die Gesellschaft

Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg am 2. November 2011 in Potsdam

Statement Werner Hesse - Geschäftsführer im Paritätischen Wohlfahrtsverband Gesamtverband e. V.

Das Thema der abschließenden Podiumsdiskussion lautet „Wie den Folgen der Abwertung entgegenwirken?“ Diese Fragestellung ist unglücklich gewählt, da es darum gehen muss, an den Ursachen anzusetzen und nicht erst die Folgen zu bekämpfen. Eine wesentliche Ursache der aktuellen Drift zwischen arm und reich ist die in den letzten Jahren vorgenommene falsche Verteilungspolitik. Im Verlauf der Tagung sind verschiedene Beispiele genannt worden wie die Reduzierung der Einkommensteuer, die Einführung der Zinsabgeltungssteuer und die faktische Abschaffung der Vermögensteuer.

Es geht darum, die sogenannte Oberschicht oder auch die Reichen und Vermögenden in die Mitte der Gesellschaft zurückzuholen. Sie sind es in erster Linie, die sich von der Gesellschaft verabschiedet haben, gleichwohl auf positive Ausprägungen unserer Gesellschaftsordnung zurückgreifen wie die stabile Infrastruktur und das hohe Maß an öffentlicher Sicherheit. Viele Vertreter der sogenannten Oberschicht sind allerdings inzwischen bereit, für diese Errungenschaft auch einen Preis in Form erhöhter Steuern zu bezahlen. Dies mag individuelles nüchternes Kalkül sein, gleichwohl sollte die Gesellschaft nicht auf die Steuerangebote verzichten.

Die Verschärfung der gesellschaftlichen Spaltung ist von der Schröder-Regierung vorangetrieben worden. Bis heute ist nicht verständlich, warum die Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit einer derart schlechten Rhetorik begleitet wurde.

Die Regierung hätte klarstellen können, dass es in der seinerzeitigen konjunkturellen Situation nicht möglich war, alle Arbeitsuchenden mit existenzsichernder Erwerbstätigkeit zu versehen. Die Devise hätte lauten müssen: „Auch wer keinen Arbeitsplatz findet, wird nicht allein gelassen. Wir bieten Qualifizierung und schützen jeden vor Verarmung durch eine ausreichende Grundsicherung.“ Stattdessen wurden alle Menschen, die keinen Arbeitsplatz hatten, als Faule und vom damaligen Wirtschaftsminister Clement sogar als Parasiten diffamiert.

Diese menschenverachtende Rhetorik lässt sich im Nachhinein nur dadurch erklären, dass die Regierung Schröder ein Klima schaffen wollte, in dem die Entgegennahme von Niedriglöhnen und das Einlassen auf prekärste Beschäftigungslagen als persönlicher Erfolg gegenüber Arbeitslosigkeit empfunden wurden. Damit hat die Regierung Schröder die mentale und emotionale Ausgrenzung aller Menschen ohne Beschäftigung vorangetrieben.

Es gilt, dass Menschen, die noch eine Vorbildfunktion in dieser Gesellschaft haben können, diesen Prozess revidieren und auch Menschen ohne Beschäftigung als Menschen kennzeichnen, die ein Anrecht darauf haben, an unserem gesellschaftlichen und politischen Leben teilzuhaben. Ob Gewerkschafter, Politiker und Journalisten eine solche moralische Autorität heute noch haben, muss leider bezweifelt werden. Die Hoffnung liegt auf den Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Sozialverbänden aber auch auf dem Bundespräsidenten. Vermutlich kann die größte Integrationskraft von authentischen und glaubwürdigen Unternehmerpersönlichkeiten ausgehen.

Berlin, 28. November 2011
Werner Hesse